
FORUM: Positionen

„Die Moral in der gemeinsamen Verantwortung sehen“

Gespräch mit Hans-Günther Sohl*

Dr. Hans-Günther Sohl, geb. 1906 in Danzig, ist Dipl.-Ingenieur und Bergassessor. Er war von 1935 an in leitender Position bei Krupp beschäftigt und wurde zu Beginn des 2. Weltkrieges in den Vorstand der Vereinigten

*Das Gespräch führten Hans O. Hemmer und Ingeborg Wahle-Homann am 17. April 1985 in Düsseldorf.

Stahlwerke AG berufen, deren stellvertretender Vorsitzender er 1941 wurde. Nach eineinhalbjähriger alliierter Internierung übernahm er als Liquidator der Vereinigten Stahlwerke AG das Ressort Demontage und Dekartellisierung. Er wurde nach der Gründung der August-Thyssen-Hütte (ATH) in Duisburg-Hamborn 1953 in deren Vorstand berufen, wo er bald den Vorsitz als Generaldirektor übernahm. 1973 schied er aus dem ATH-Vorstand aus und wurde Aufsichtsratsvorsitzender dieses Unternehmens. Von 1972 bis 1977 war er Präsident des „Bundesverbandes der Deutschen Industrie“ (BDI), dessen Ehrenpräsident er noch heute ist.

Frage: Vorweg eine Frage zu den aktuellen Vorschlägen des Generalsekretärs der FDP, Haussmann: Was halten Sie von der vorgeschlagenen Änderung der Tarifstruktur dahingehend, daß Arbeitslose außer- und unterhalb des Geltungsbereichs von Tarifverträgen eingestellt werden können sollen?

Antwort: Ich halte eine Differenzierung und Flexibilisierung unserer Tarifpolitik für dringend notwendig. Sie ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Im Interesse des Abbaus von Arbeitslosigkeit muß hier ein Wandel erfolgen. Das Bemühen der Gewerkschaften, über Arbeitergruppen, Firmen, Regionen hinweg zu nivellieren, halte ich für gefährlich. Ich bin der Meinung, daß ein guter Teil der Arbeitslosigkeit auf diese falsche Tarifpolitik zurückzuführen ist. Das alles muß aber nicht dazu führen, daß man das gesamte Tarif System in Frage stellt und versucht, Lohnfindung außerhalb von Tarifverträgen zu betreiben. Deshalb folge ich Herrn Haussmann in seinem Angriff auf das Tarifsysteem nicht. Man sollte zunächst den Versuch machen, im Rahmen der Tarifautonomie zu besseren tarifpolitischen Resultaten zu gelangen. Ich fürchte, wenn man das nicht tut, könnte ein Zustand eintreten, der die Tarifautonomie gefährdet. Das würde ich bedauern.

Sie streben also eine „Flexibilisierung“ innerhalb des geltenden Tarifvertragsystems an?

Ja, ich finde, die Tarifpartner sollten von der bisherigen Übung ablassen, möglichst gleiche Löhne über die gesamte Bundesrepublik ohne größere Differenzierung zu haben. Warum muß ein Arbeiter im Bayrischen Wald genauso viel verdienen wie ein Arbeiter in München? Ich erinnere an das Beispiel Chrysler in Amerika: Dort wurde eine Firma, nicht zuletzt durch Opfer der Arbeitnehmer, saniert. Das hatte zur Folge, daß es heute auch den Arbeitnehmern wesentlich besser geht - auch im Hinblick auf die Einkommen. Noch einmal: Ich halte die Tendenz zur Nivellierung in unserer Arbeitsmarktpolitik für sehr gefährlich. Bei der Gelegenheit will ich sagen, daß der Begriff „Arbeitsmarktpolitik“ ein Kuriosum darstellt. Wenn wir etwas nicht haben, dann einen Arbeitsmarkt. Hier handelt es sich vielmehr um einen kartellierten Bereich, den zwei gesellschaftliche Gruppen beherrschen. Wenn irgendetwas einer freieren Marktwirtschaft bedarf, dann der Arbeitsmarkt.

Das Ziel dabei ist die Verminderung der Arbeitslosigkeit?

Selbstverständlich. Ich glaube eben, daß wir nur auf diesem Wege zur Verminderung von Arbeitslosigkeit kommen. Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß die heutige Arbeitslosigkeit ihre tiefste Ursache in einer falschen Tarifpolitik der siebziger Jahre hat. Ich habe Ende der siebziger Jahre einen Artikel in der FAZ geschrieben, in dem ich zum Ausdruck gebracht habe, daß es sich keine Volkswirtschaft leisten kann, über ein Jahrzehnt im Durchschnitt nominal Lohnzuwächse von über 10 Prozent zu haben - bei einer Inflationsrate von 5 Prozent und einer Produktivitätssteigerung von 3,3 Prozent. Diese falsche Tarif- und Arbeitsmarktpolitik, die - ich treffe hier überhaupt keine Schuldzuweisungen - beide Seiten zu verantworten haben, ist nach meiner Auffassung die wesentliche Ursache für die heutige Arbeitslosigkeit. In der Volkswirtschaft ist es doch wie in einem Unternehmen: Es kann nur eine bestimmte Lohnsumme erwirtschaftet werden. Jedes Unternehmen, sei es ein großes, mittleres oder kleines kann im Markt nur eine bestimmte Lohnsumme erwirtschaften. Kein Unternehmen kann mehr Löhne bezahlen als es Einnahmen hat. (Ich kenne aus meiner Praxis nur eine einzige Ausnahme: die Deutsche Bundesbahn. Während meiner Zeit dort im Verwaltungsrat, ich glaube, es waren die Jahre 1975 bis 1980, wurden dort mehr Löhne gezahlt als Einnahmen vorhanden waren. Darüber habe ich mich mit dem damaligen Vorsitzenden der Eisenbahner-Gewerkschaft angelegt. Das hat nichts damit zu tun, daß die Deutsche Bundesbahn, wie ich finde, jetzt auf einem richtigen Wege ist.) Wenn also ein Unternehmen nur eine bestimmte Lohnsumme erwirtschaften kann, dann hat das zur Folge, daß die Zahl der Empfänger kleiner werden muß, wenn der einzelne höheren Lohn bekommt. Wenn in einem Unternehmen oder in der Volkswirtschaft eine erwirtschaftete Lohnsumme so verteilt wird, daß der einzelne mehr bekommt, so bekommen eben weniger Leute mehr und andere bekommen nichts. Nachdem man das praktiziert hatte und die vorhandene Lohnsumme auf immer weniger Menschen verteilt war, hat man zur allseitigen Überraschung erlebt, daß es Arbeitslosigkeit gab. Nun versucht man, die vorhandene Arbeit auf immer mehr Leute zu verteilen. Das ist ebenso falsch. Ich bin von Schuldzuweisungen, wie gesagt, weit entfernt und versuche, die Situation objektiv darzustellen. Hätte man eine Arbeitsmarktpolitik gemacht, die diesen Namen wirklich verdient, wäre diese Situation nicht eingetreten. Die großen arbeitsmarktpolitischen Erfolge in Amerika in den letzten Jahren sind darauf zurückzuführen, daß die Löhne dort nach vielerlei Kriterien sehr viel differenzierter sind als bei uns. Diese Tatsache bleibt, bei allen Unvergleichbarkeiten im einzelnen, festzuhalten.

Aber war die Tarifpolitik der siebziger Jahre in der Bundesrepublik nicht auch ein Garant des sozialen Friedens?

War sie das? Ich bin mir nicht sicher, ob das so eng zusammengehört. Ich führe das eher darauf zurück, daß in der deutschen Bevölkerung doch noch etwas

lebendig geblieben ist von dem Geist der fünfziger Jahre, des Wiederaufbaus nach einem verlorenen Krieg, als wir alle am gleichen Strick zogen. Das ist zwar nicht mehr so, wie es damals war, es kann auch nicht mehr so sein, wenn man einen gewissen Wohlstand erreicht hat - aber etwas ist wohl doch noch übriggeblieben. Wenn die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre fortgeführt wird, sehe ich durchaus eine Möglichkeit, der Arbeitslosigkeit abzuhefen. Ich will das an einer Milchmädchenrechnung demonstrieren: Setzen wir die Lohnsumme in der Bundesrepublik Deutschland mit tausend Milliarden DM an, dann bedürfte es, um eine Million Arbeitnehmer einzustellen, d. h. aus der Arbeitslosigkeit zu befreien, ca. 50 Milliarden DM. Das sind 5 Prozent der genannten Summe. Ich will damit natürlich nicht sagen, daß man nun die Löhne generell um 5 Prozent kürzen müßte. Aber ich will die Größenordnung andeuten, um die es geht. Wenn man nach und nach dahin kommen könnte, hätte man einen Ausgleich zugunsten der Arbeitslosen geschaffen, der durchaus verkraftbar wäre.

Alles das erreicht man nicht dadurch, daß man Systeme angreift, sondern dadurch, daß man es im Rahmen der bestehenden Systeme versucht. Dazu bedarf es allerdings des Konsenses. Um diesen Konsens habe ich mich stets bemüht. Mit dem ehemaligen DGB-Vorsitzenden Vetter hätte ich gerne eine ähnliche Übereinkunft erzielt, wie sie - unter ganz anderen Umständen - Stinnes und Legien nach dem ersten Weltkrieg abgeschlossen haben. Grundlage dafür ist die Erkenntnis, daß man in einem Boot sitzt - und das ist doch die tatsächliche Lage. Wenn heute die Unternehmer etwas erreichen, kommt es nicht nur ihnen zugute; wenn die Arbeitnehmer etwas erreichen, gilt das ebenso. Aufgrund einer solchen Erkenntnis sollte es möglich sein, von der Spitze her und ohne daß man in die Tarifautonomie eingreift, eine Linie zu verfolgen, die auf die Dauer dazu führt, daß die Arbeitslosigkeit beseitigt wird. Es ist klar, daß das nicht in wenigen Jahren gelingen kann. Sie ist in zehn Jahren aufgebaut worden und kann nicht in kurzer Zeit abgebaut werden. Aber es muß damit begonnen werden, und das geht nur im Konsens, nicht im Kampf. Es bedürfte einer neuen Art von „konzertierter Aktion“. Sie dürfte nicht so groß sein wie die damalige, die viel zu umfangreich geworden war und schließlich eine Art von Volksversammlung darstellte. Da dauerte dann das Verfassen des Kommuniqués beinahe länger als die Sitzung selbst. Dort ist auch viel zu sehr über Prognosen gesprochen worden und nicht über Naheliegendes. Wenn es z. B. um Löhne geht, sollte man nicht über Zukunftsannahmen sprechen, sondern etwa über das gerade vergangene Jahr. Ich meine jedenfalls, daß es möglich sein sollte, diesen Konsens wiederzufinden. Um in diesem Zusammenhang auf das Thema Moral zu kommen: Wenn man darunter die Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl versteht, dann möchte ich den Ausspruch von Alfred Krupp zitieren, der mir seit meiner Zeit bei Krupp in Fleisch und Blut übergegangen ist: „Der Zweck der Arbeit muß das Gemeinwohl sein, dann bringt Arbeit Segen, dann ist Arbeit Gebet.“ Heute wird dieser Spruch meist abgewandelt nach dem Motto: Mein Gemeinnutz geht über deinen Eigennutz.

POSITIONEN

Sie haben das Stinnes-Legien-Abkommen und das Beispiel der Vereinigten Staaten erwähnt. Zum ersten: Idealtypisch mag das eine gute Konstruktion gewesen sein, in der Praxis hat sie sich kaum bewährt. Und zu den Vereinigten Staaten: Die Unterschiede etwa im Bereich der Sozialsysteme, sind erheblich. Muß aber nicht gerade unser System der sozialen Sicherung im Kern erhalten bleiben?

Das möchte ich uneingeschränkt bejahen. Wir können keinesfalls schematisch amerikanische Verhältnisse auf die Bundesrepublik übertragen. Die Geschichte ist unterschiedlich, die Menschen sind verschieden. Aber man kann natürlich schon von anderen Strukturen das, was gut ist, übernehmen. Ich finde zum Beispiel, daß unser Gewerkschaftssystem viele Vorteile gegenüber dem amerikanischen hat. Dagegen hat die Tarif- und Arbeitsmarktpolitik erhebliche Nachteile.

Zum eigentlichen Thema: Haben Unternehmer, haben unternehmerische Politik, unternehmerisches Verhalten nach Ihrer Auffassung besondere Aufgaben und Verpflichtungen im Hinblick auf die politische Kultur einer Gesellschaft?

Ich meine, daß die *Wirtschaft* besondere Aufgaben hat, also Unternehmer und Arbeitnehmer bzw. Gewerkschaften gemeinsam. Beide Gruppen haben schon deshalb besondere Aufgaben gegenüber der Gesellschaft, weil man den Primat der Politik vor der Wirtschaft anerkennen muß. Umgekehrt muß man sehen, daß die heutige politische Stellung der Bundesrepublik in der Welt weitgehend auf ihre wirtschaftliche Leistungskraft zurückgeht. Hätten wir es nach einem verlorenen Krieg nicht innerhalb von anderthalb Jahrzehnten geschafft, zur zweitgrößten Welthandelsnation zu werden und diese Position auch zu halten, hätten wir auch politisch nicht die Stellung, die wir haben. Daraus ergibt sich - immer den Primat der Politik vorausgesetzt - eine besondere Verpflichtung der Wirtschaft gegenüber der Politik. Dem, was ich als Moral bezeichnen würde, nämlich der Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl, trägt die Wirtschaft in ganz besonderem Maße Rechnung. Dabei meine ich eben ihre beiden Teile, nämlich Unternehmer und Arbeitnehmer.

Sie betonen den Primat der Politik. Hat es in dieser Beziehung eigentlich im historischen Verlauf eine Veränderung der Einstellung bei den Unternehmern gegeben?

Nicht, daß ich wüßte. Man kann trefflich darüber philosophieren, ob die Flagge dem Handel oder der Handel der Flagge folgt. Wenn wir die Bundesrepublik Deutschland der Gegenwart nehmen, dann würde ich in jedem Fall der Politik den Vorrang lassen, jedenfalls bei Meinungsverschiedenheiten, wie wir sie gehabt haben. Ich nenne als Beispiel das Röhrenembargo in den fünfziger Jahren. Wir waren damals strikt dagegen. Ein anderes Beispiel war der

Moselkanal. Auch dagegen waren wir. Trotzdem haben wir die anderslautenden politischen Entscheidungen, die wir auch verstanden haben, anerkannt und entsprechend gehandhabt - was uns mitten ins Thema bringt: denn die Handhabung ist ja wohl die Kultur der Moral.

Ich erinnere mich, daß ich seinerzeit vorschlug, den ehemaligen Geschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Hans Dichgans, als Kandidaten für den Bundestag zu benennen. Er seinerseits hatte mich furchtbar gedrängt, in den Bundestag zu gehen. Ich habe also den Spieß umgedreht. Er sagte mir damals wörtlich: „Das kommt mir sehr überraschend. Ich will mich einer solchen Aufgabe aber nicht entziehen. Allerdings kann ich nur unter der Voraussetzung einwilligen, daß ich in meinen Entscheidungen vollkommen frei und nicht an Weisungen gebunden bin.“ Ich antwortete ihm, daß das für mich eine Selbstverständlichkeit sei. Dichgans wurde Bundestagsabgeordneter und hat das Prinzip auch so gehandhabt. Er hat beispielsweise für das erwähnte Röhrenembargo gestimmt, gegen das wir strikt waren. Die Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl, so verstehe ich politische Moral, muß so gehandhabt werden, daß die, die in der politischen Verantwortung stehen, frei entscheiden können - so verstehe ich politische Kultur.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein Beispiel nennen, das belegt, daß wir nicht nur auf jede Art von Anweisung und Abhängigkeit bei Parlamentariern verzichtet haben, sondern daß wir unsere Leute sogar „ausgeliehen“ haben: Ernst Wolf Mommsen, damals Vorstandsvorsitzender bei Krupp, hat im Mitbestimmungs-Hearing des Bundestages 1974 als Sachverständiger für die Gewerkschaften gewirkt. Ich habe mir zu Beginn der Sitzung kurz überlegt, ob ich sagen sollte, daß ich sehr einverstanden sei, aber gerne als unseren Sachverständigen etwa Herrn Loderer hätte. Ich habe es dann nicht getan.

Sie selbst sind ein „Manager der alten Schule“ mit einem klassischen Aufstiegsweg vom Bergassessor zum Vorstandsvorsitzenden des größten Stahlunternehmens in Europa. Hat sich eigentlich bei nachfolgenden, jüngeren Manager-Generationen der vorherrschende Typus des Manager-Unternehmers gewandelt und wenn ja, wie?

Der Typ des Managers hat sich nicht gewandelt, die Aufgaben haben sich gewandelt. Wir haben damals mit Trümmerhaufen begonnen, mit nichts, mit demontierten, entflochtenen Werken. Die nachfolgende Generation hat geordnete Verhältnisse übernommen. Während wir damals eine Aufstiegsperiode mitmachten, haben die Nachfolger nun mit sehr viel schwierigeren Verhältnissen zurechtzukommen. Insbesondere in der Stahlindustrie haben wir eine noch nicht abgeschlossene Krise, die vor allem auf die Subventionen in den europäischen Nachbarländern zurückgeht.

Sie haben vom Konsens gesprochen. Ist denn diese Grundstimmung auch bei den jüngeren Managern so vorhanden?

POSITIONEN

Ich glaube ja. Ich habe mit großem Interesse den gemeinsamen Aufruf von Herrn Breit und Herrn Esser zum Abbau der Überstunden gelesen. Wenn zwei Persönlichkeiten dieser Art zusammen einen Aufruf verfassen, dann sehe ich darin schon einen großen Fortschritt. Mich hat auch besonders gefreut zu hören, daß bei einer Veranstaltung der Raymond-Stiftung in München die Aussagen und Auffassungen von Herrn Breit und Herrn Esser weitgehend übereinstimmten. Das geht in eine Richtung, um die auch wir uns immer bemüht haben. Ich hoffe also, daß die Tendenz gleichgeblieben ist.

Im Hinblick auf die Grundsatzfrage „Partnerschaft oder Klassenkampf“ sehe ich allerdings bei den Gewerkschaften nach wie vor unterschiedliche Strömungen. Das betrifft auch die Mitbestimmungsproblematik. Ich selbst habe alle Spielarten der Mitbestimmung - von der alliierten Montan-Mitbestimmung bis hin zur Mitbestimmung 1976 - als Vorstandsmitglied und Aufsichtsrat praktiziert und exerziert und habe in diesem Bereich mit allen Beteiligten durchweg gute Erfahrung gemacht. Aber daneben gibt es immer wieder Bestrebungen in den Gewerkschaften, auch die Mitbestimmung als eine Spielart des Klassenkampfes einzuordnen. Ich erinnere mich an eine DGB-Broschüre mit dem Titel „Mitbestimmung jetzt - und keine halben Sachen“, in der die Harmonie eines Gesangsvereins als Korrespondenzbeispiel bemüht wurde. Auch in aktuellen Fällen - so etwa in einem Buch von Ferlemann und anderen über die Arbeitszeitverkürzung - sehe ich diesen Kampf innerhalb der Gewerkschaften wiederaufflammen. Die Frage „Klassenkampf oder Partnerschaft“ ist also offenbar noch nicht ausgestanden. Zu einem Konsens würde gehören, daß sich innerhalb der Gewerkschaften die Richtung „Partnerschaft“ durchsetzte. Denn Konsens auf der Basis von „Klassenkampf“ ist nicht möglich. Ich glaube, das ist eine Selbstverständlichkeit.

Ist Mitbestimmung für Sie ein Element des Konsenses?

Immer dann, wenn sie partnerschaftlich gehandhabt wird.

Aber schließt nicht schon der Begriff eine andere Praxis aus?

Eigentlich ja. Aber wenn die erwähnten Kampf-Schriften erscheinen, wird man wieder hellhörig. Sie werden ja von Leuten verfaßt, die die Mitbestimmung kennen und praktizieren.

Gibt es nicht auch von der anderen Seite in Sachen Mitbestimmung gelegentlich schrille Töne, die aufhorchen lassen?

Zugegeben, aber sicherlich nicht in Richtung Klassenkampf.

Ist die Mitbestimmung nicht ein Angebot in Richtung Konfliktaustragung, das es in anderen Ländern nicht gibt?

Allein mit einem System ist Konsens nicht herzustellen. Konsens ist Voraussetzung für das System. Diese Voraussetzung dürfte auf der Unternehmenseite vorhanden sein. Auf der Gewerkschaftsseite dagegen scheint es immer noch zu gären.

Zurück zu den Unternehmern: Nach Meinungsbefragungen genossen sie in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren ein relativ gutes Ansehen. Hat sich daran nach den Parteispendenaffären und ihren Begleiterscheinungen etwas geändert?

Ganz sicher. Diese Dinge haben das Unternehmerbild nicht verbessert. Ich glaube, daß es Aufgabe der Unternehmer ist, die Dinge wieder ins rechte Licht zu rücken. Das ist auch durchaus schon im Gange. Allerdings wird in dieser Angelegenheit auch sehr viel in einen Topf geworfen, was nicht in einen Topf gehört. Unter dem Begriff „Parteispenden“ werden viele Dinge hochgespielt. Im engeren Zusammenhang mit den Parteispenden sehe ich zwei Probleme. Erstens: Gibt man Parteispenden, um der Demokratie, den etablierten Parteien zu helfen oder gibt man sie, um die Politik zu beeinflussen? Zweitens: Sind die Parteispenden Steuerhinterziehung? Von beiden Themenbereichen sind strafrechtliche Tatbestände wie etwa Bestechung oder Steuerhinterziehung strikt zu unterscheiden und zu trennen. Wenn jemand bestochen hat, ist das eine verurteilenswürdige Sache. Vorher ist allerdings zu klären, ob jemand tatsächlich bestochen hat. Ich kenne alle Personen, die heute im Gerede sind, sehr gut und traue keinem von ihnen das zu. Ich will aber nicht in schwebende Verfahren eingreifen. Steuerhinterziehung in der Art, daß man einer Einrichtung steuerfrei etwas zuwendet und dann Teilbeträge wieder zurückerhält, so wie es mit Stellen der katholischen Kirche geschehen sein soll, ist ohne weiteres eine strafbare Handlung. Aber wenn so etwas überhaupt geschehen sein sollte, dann dürfte das die extreme Ausnahme darstellen.

Ich will also die Frage von Bestechung und Steuerhinterziehung aus dem Spiel lassen und lediglich etwas zum Thema Parteienfinanzierung sagen. Meine Bemerkungen über die Zusammenarbeit zwischen Parlamentariern und Unternehmern haben wohl klar werden lassen, daß ich es verurteile, mit Geld Politik zu machen. Und ich glaube, daß ich mich dabei in Übereinstimmung mit 99 Prozent meiner Kollegen befinde. Zur Moral und zur Kultur in der Politik gehört es nach meiner Auffassung, daß diejenigen, die im Sinne des Gemeinwohls parlamentarisch tätig sind, völlig unbeeinflußt bleiben und man ihnen weder mit Anweisungen noch mit Geld ins Handwerk pfuscht.

Zum Thema Steuern im Zusammenhang mit Parteienfinanzierung habe ich eine ganz simple und völlig unjuristische Meinung. Wenn jemand zum Beispiel 100000 DM spendet, dann ergibt sich die Frage, ob der Empfänger alles bekommt oder ob die Steuer 50000 DM davon einbehält. Das ist, an einem Beispiel erläutert, ja wohl der Tatbestand. Unter Steuerhinterziehung verstehe ich

POSITIONEN

den Fall, daß der Spender versucht, sich zu bereichern. Es ist für mich völlig unerfindlich, daß jemand, der eine Spende leistet, sich dadurch bereichern soll, daß er keine Steuer bezahlt. Dagegen ist es für den Empfänger wichtig, ob er 100 oder nur 50 Prozent der Spende erhält. Aber daß derjenige, der das Geld gibt, sich daran bereichern soll, ist doch eine Irreführung der Öffentlichkeit, wie ich sie mir schlimmer nicht vorstellen kann. Ich sage das in aller Unbefangenheit. Vielleicht gibt es Juristen, die darin Steuerhinterziehung sehen. Aber unter Steuerhinterziehung versteht der normale Bürger mit den normalen Maßstäben der Moral doch wohl, daß derjenige, der das Geld gibt, sich daran bereichert. Und das ist nicht der Fall.

Aber ging es nicht etwa im Fall „Grace“ darum, daß mittels Parteispenden ein steuerlicher Vorteil in einer anderen Sache erzielt werden sollte?

Mir geht es nicht um einzelne Fälle und Personen. Darüber werde ich mich nicht äußern. Ich kann nur wiederholen, daß ich denen, deren Namen im Spiel sind und die ich alle gut kenne, weder Steuerhinterziehung noch Bestechlichkeit zutraue. Aber das sollten die Gerichte entscheiden. Aber daß die normalen Spenden an CDU, CSU, SPD und FDP Steuerhinterziehung in dem Sinne sein sollen, daß der Spender sich daran bereichert hätte, das macht mir niemand klar.

Aber haftet nicht allen diesen Transaktionen doch etwas Anrüchiges an?

Sie haben etwas Anrüchiges bekommen durch die falsche Darstellung, daß derjenige, der Parteispenden leistet, sich automatisch bereichere.

Wäre es nicht notwendig, in all diesen Fragen unmißverständlich klare Verhältnisse zu schaffen? Herr Flick hat vor kurzem erklärt, daß er wieder Parteispenden leisten werde.

Wenn Herr Flick oder wer auch immer Geld gibt, so kann das auch versteuertes Geld sein. Wenn bisher auch nichtversteuerte Gelder gespendet worden sind, so doch wohl deshalb, weil Spender und Finanzamt der Meinung waren, daß das korrekt sei. Und warum soll man das nicht weitermachen? Ob das Geld versteuert wird oder nicht, das haben nicht diejenigen zu entscheiden, die es geben, sondern die Finanzbehörden.

Also würden auch Sie nicht für eine Änderung der Parteienfinanzierung eintreten?

Ich halte es nach wie vor für eine Aufgabe der Wirtschaft, wenn sie schon für die Politik ein wichtiger Faktor ist, die Parteien in ihrer politischen Arbeit zu unterstützen. Allerdings halte ich es für unerläßlich, daß die Parteienfinanzierung auf eine klare rechtliche Grundlage gestellt wird.

Wäre es nicht sinnvoll, die Parteien zu ermuntern, mehr aus eigener Kraft für ihre Finanzierung zu tun?

Sie bekommen ja auch Geld aus öffentlichen Mitteln. Ich bin kein Fachmann für Parteienfinanzierung und kann deshalb dazu auch keine Vorschläge machen. Mir liegt an folgender Feststellung: So sehr ich strafbare Handlungen ablehne und so sehr ich gegen die Beeinflussung von Politik durch Geld oder Anweisungen bin, so wenig kann ich sehen, daß bei der bisher praktizierten Parteienfinanzierung Straftatbestände wie etwa Steuerhinterziehung vorliegen. Da liegen Fehler in der Gesetzgebung oder in der Steuerpraxis vor. Es besteht eben eine weitverbreitete Unklarheit über die Fakten. Es wird nicht unterschieden zwischen Straftatbeständen, die, dessen bin ich sicher, ganz große Ausnahmen sind, und der normalen Parteienfinanzierung. Diese Unterschiede sollten der Öffentlichkeit klargemacht werden.

Gibt es im Zusammenhang mit den Affären etwas, was Sie als Repräsentanten der Unternehmerschaft zu selbstkritischen Bemerkungen veranlassen würde?

Wenn jemand diese Entwicklung vorausgesehen hätte, dann hätte die Wirtschaft sicherlich darauf gedrängt, daß die Frage der Parteienfinanzierung rechtzeitig geklärt worden wäre. Aber das hat niemand vorausgesehen. Unternehmer haben guten Glaubens und im Einvernehmen mit den Steuerbehörden und den politischen Parteien, die ja in erster Linie für politische Moral und Kultur zuständig sind, gehandelt. Es ist nicht zu bestreiten, daß deswegen das Unternehmervbild in Mißkredit geraten ist. Aber dagegen muß etwas unternommen werden. Dazu können insbesondere die Medien, auch solche Gespräche, wie wir es heute führen, beitragen.

Führen die erwähnten Affären nach Ihrer Meinung zu einer gesteigerten Staatsverdrossenheit?

Diese Gefahr sehe ich. Wir können ihr am besten begegnen, wenn wir Mißgeschicke, die jedem und die überall passieren, nicht hochspielen. Wir können der Staatsverdrossenheit begegnen, wenn wir gemeinsam dazu beitragen, daß diese Dinge nicht durch die Medien, deren Aufgabe es ist, Sensationen zu machen, hochstilisiert werden. Unternehmer und Gewerkschaften sollten das nicht dadurch steigern, daß der eine auf den anderen schimpft. Sie sollten vielmehr erkennen lassen, daß man das gemeinsame Ziel im Auge hat und sich bemüht, es gemeinsam zu erreichen.

Bedarf es nach Ihrer Auffassung einer speziellen Beziehung zwischen einzelnen Unternehmen und Regierung(en) und hat die Notwendigkeit solcher Beziehungen womöglich zugenommen?

Das hängt vom Einzelfall ab, von dem Unternehmen, der Regierung, den zeit-

liehen Umständen. Ich will zwei Beispiele nennen, bei denen es gar nicht anders ging. Der Wiederaufbau von Thyssen war nach dem Krieg, bei einem demontierten und entflochtenen Unternehmen, nur mit starker politischer Unterstützung möglich. Dabei gab es bekanntlich kein Problem und keine Schwierigkeiten zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern. Wir haben damals gemeinsam bei den Politikern versucht, die Demontage zu verhindern. Politische Unterstützung durch Land und Bund war ebenso notwendig wie finanzielle Unterstützung durch Bürgschaften. Beides haben wir bekommen. Einer meiner erfreulichsten Briefe war der, in dem ich 1959 schreiben konnte, daß wir die Bürgschaften mit Dank zurückgeben könnten. Ein anderes Beispiel, wo eine solche Beziehung nicht von den Unternehmern ausgeht, ist Berlin. Gerade Berlin mit seiner Insellage braucht Vereinbarungen zwischen den verschiedenen Gruppen. Für die normalen Kontakte zwischen Unternehmern und Regierungen sind im Grunde eher die Verbände zuständig.

Wie wichtig ist die personelle Fluktuation zwischen Politik und Wirtschaft?

Was die Fluktuation zwischen Unternehmen und Politik angeht, sind wir leider nicht so weit wie die USA. Dort ist ein solcher Austausch gang und gäbe. Aktuelle Beispiele sind der Verteidigungsminister Weinberger und der Außenminister Shultz. Der damalige Hohe Kommissar in Deutschland, McCloy, kam von der Chase-Manhattan-Bank. In Deutschland sind das leider Einzelfälle, wie z. B. Mommsen, der von Thyssen in das Bundesverteidigungsministerium überwechselte. Der umgekehrte Fall, daß Politiker in die Wirtschaft gehen, ist etwas häufiger. Dafür sei das Beispiel von Rohwedder genannt, der Staatssekretär war, bevor er Vorstandsvorsitzender von Hoesch wurde und auch der Wechsel von Beamten in Verbände wie Neef und Mann, die als frühere Staatssekretäre zum BDI kamen. Ich halte es für gut, wenn diese Ansätze verstärkt würden. Das kann für beide Seiten nur nützlich sein. Es fehlt in der Politik da und dort an ausgebildeten Wirtschaftsfachleuten und es kann der Wirtschaft nicht schaden, wenn auf den entsprechenden Positionen fähige Beamte und Politiker sitzen.

Wie beurteilen Sie die Zukunft der politischen Kultur in diesem Land? Was muß geschehen, was muß geändert werden?

Gerade zwischen Gewerkschaften und Unternehmern sollte der Aufbau von Feindbildern vermieden werden. Das ist bisher weitgehend erreicht worden, aber nicht hundertprozentig. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine gewisse Schadenfreude, zum Beispiel angesichts eines angekratzten Unternehmerbildes im Zusammenhang mit Parteispenden. Man sollte sich bemühen, diese Vorgänge zu objektivieren. Ich meine nicht, daß ein Gewerkschafter Unternehmerstandpunkte vertreten sollte, das wäre eine Verschiebung der Grundlage unserer Zusammenarbeit. Aber ich habe nur wenige Unternehmerstimmen gehört, die versucht hätten, aus dem Fall Neue Heimat Honig zu saugen.

Und ich meine, daß auch die Gewerkschaften ein Interesse daran haben sollten, daß etwa die Parteispendenangelegenheit ins rechte Licht gerückt wird. Wenn wir das Ziel haben zu einem Konsens zu kommen, und wenn wir die Moral in der gemeinsamen Verantwortung sehen, dann müssen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden. Das bedeutet überhaupt nicht, daß man natürliche Interessengegensätze zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden beseitigen will.

Sieht zuviel Konsens nicht rasch nach Kumpanei aus?

Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Ich glaube, Franz-Josef Strauß hat einmal gesagt, daß die unheiligste Allianz die zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sei. Damit hat er in gewisser Weise Recht. Kumpanei können wir uns weder nach innen noch nach außen erlauben. Das ist auch nicht die Aufgabe. Unter Konsens verstehe ich, daß man unter Wahrung der Aufgaben, die man hat, mit - auf gut deutsch gesagt - Anstand zusammenarbeitet. Keiner hat einen Nutzen vom Schaden des anderen, die Unternehmer nicht und auch nicht die Gewerkschaften.